



2 **BUDELHEFTCHEN DURCHFORSTEN**
RUB-Forscher leitet Ausgrabungen in Milet.



4 **TEICHTUM FÜR ALLE**
Naturfreunde geben Ratschläge für mehr Nachhaltigkeit.



5 **BITTE ZUR ARBEITERKASSE**
Schauspielhaus startet Veranstaltungsreihe zu ArbeiterInnen.



6 **IN DEN FORDERGRUND GERÜCKT**
Studierende fordern Forschung mit ethischem Vordergrund.



Bunt und laut: Mit TrommlerInnen, Transparenten und Tiefdruckgebiet zogen die Studis vor den Düsseldorfer Landtag.

Bild: box

:bszank – Die Glosse

Viereinhalb Jahre und 16 Millionen Euronen später: Der Bau der U35-Haltestelle Gesundheitscampus wurde offiziell abgeschlossen. Und was für eine wunderschöne Haltestelle – 90 Meter Dach, gebaut in DNA-Helixstruktur, und helle Gänge sollen das Thema „Gesundheit“ in der Architektur verankern. Die Katakomben folgen dem Charme eines geschäftelosen Hauptbahnhofs. Auch der zweite Ausgang eine Wucht – gerade wegen seiner guten Anbindung zu ... ja, zu was eigentlich ... zum Kreisverkehr? Zum Parkplatz? Zur Metropolradstation? Naja, nicht so wichtig.

Jedenfalls ist jetzt endlich der Gesundheitscampus auch auf der Karte des ÖPNV zu verorten – was für ein Gewinn. Und wieviel schneller man jetzt auf den neuen Campus kommt. An der Markstraße sitzen bleiben, dann das längere Gleis entlang, hoffen, dass die Ampel grün ist uuuund Punktlandung: zwei Minuten gespart. Viele MitarbeiterInnen und Studis der hsg steigen aber wohl lieber an der Markstraße aus – der Fußweg ist schöner. **:fah**

➔ BESUCHE UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
www.bszonline.de
www.facebook.de/bszbochum

Auf die Straßen, auf die Barrikaden!

PROTEST. Im trüben Schein der schwarz-gelben Herbstsonne zogen Studierende am 21. November zum Düsseldorfer Landtag. Der Grund: die bevorstehenden Studiengebühren für Nicht-EU-AusländerInnen.

Gebrochen und gedemütigt kehrt die FDP von den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene zurück. Die Landesregierung rückt jedoch nicht von ihren Plänen ab, partielle Studiengebühren wieder einzuführen. Deshalb kamen nun Landes-ASten-Treffen, gewerkschaftli-

che Hochschulgruppen und politische Jugendorganisationen in Düsseldorf zusammen, um ihre unerschütterliche Position zu beziehen: Nein zu Studiengebühren! Doch wie erfolgreich war der Protest? Und zu welchem Ergebnis kam der im Anschluss tagende Wis-

senschaftsausschuss? Bei solchen Aussichten denkt man sich doch unweigerlich: Lieber nicht regieren als Studiengebühren.

:Die Redaktion

➔ MEHR AUF SEITE 3

Standortlokalisierung trotz Deaktivierung?

ÜBERWACHUNG. Das US-Magazin „Quartz“ beschuldigte Google, Standortdaten zu speichern. Die Webseite „Mashable“ hielt dagegen.

Laut dem „Quartz“-Bericht speichert Google die sogenannten „Cell IDs“ der Mobilfunkmasten, selbst wenn man als NutzerIn jegliche Lokalisierungsoptionen deaktiviert hat. Man muss aber beachten, dass Cell-ID-Daten nicht das gleiche sind wie normale Ortungsdienste. Sie können nämlich nicht, wie zum Beispiel beim GPS, konkrete Standortkoordinaten speichern, sondern nur die Funkmasten, mit denen man in Verbindung tritt. Über die Standorte dieser Funkmasten kann dann das Handy lokalisiert werden.

Die Daten wurden seit Anfang des Jahres gesendet, jedoch bestreitet das Unternehmen, die Cell-ID-Daten jemals

verwendet oder gespeichert zu haben. Google wollte mit ihnen die Geschwindigkeit und Performance der Mobilfunkzellen verbessern. Nachdem dies jedoch entdeckt wurde, versprach Google nun, die Sammlung umgehend einzustellen und bis Ende dieses Monats keine automatischen Daten mehr senden zu lassen.

Googles Position

Google erklärt die Sammlung gegenüber „Mashable“ wie folgt: „Um sicherzustellen, dass Nachrichten und Benachrichtigungen schnell empfangen werden, verwenden moderne Android-Telefone ein Netzwerk-Sync-System, das die Verwendung

von ‚Mobile Country Codes‘ (MCC) und ‚Mobile Network Codes‘ (MNC) erfordert. Im Januar dieses Jahres haben wir begonnen, die Verwendung von Cell-ID-Codes als zusätzliches Signal zu prüfen, [...]“ Allerdings hätten sie Cell IDs nie in ihr Netzwerk-Sync-System integriert. MCC und MNC würden notwendige Netzwerkinformationen für die Nachrichten- und Benachrichtigungszustellung bereit stellen und seien deutlich von den „Location Services“ getrennt, die Apps den Standort eines Geräts zur Verfügung stellen.

:Gianluca Cultraro

➔ KOMMENTAR AUF SEITE 6

RUB-Professor leitet bedeutende Ausgrabungen

ARCHÄOLOGIE. Christof Berns, Professor für klassische Archäologie, wurde vom türkischen Ministerrat zum Ausgrabungsleiter in der antiken Stadt Milet ernannt. Für die RUB ergeben sich hierdurch langfristige Perspektiven.

Die an der Westküste der Türkei gelegene antike Stadt Milet ist seit über 140 Jahren eine der bedeutendsten Ausgrabungsstätten Europas. Mit der Ernennung des RUB-Professors Christof Berns zum Leiter der Ausgrabungen sind diese nach einer fünfjährigen Pause erneut unter Bochumer Leitung. Die erneute Übernahme der Verantwortlichkeit durch Bochumer ForscherInnen war Berns seit seinem Ruf an die Ruhr-Universität ein stetes Ziel: „Seit ich 2013 nach Bochum gekommen bin, habe ich mich darum bemüht, eine längerfristige Perspektive für das für die Bochumer Archäologie wichtige Milet-Projekt zu gewinnen“, erklärt er. Diese Bemühungen seien unter anderem durch das Rektorat unterstützt worden.

Ort des Austausches

Milet war über viereinhalb Jahrtausende eine bedeutende Stadt des östlichen Mittelmeerraums und gerade darin läge laut Berns das Potential der Stätte: „Milet ist für Archäolog*innen ein wunderbarer Forschungsplatz: Die Stadt war über einen langen Zeitraum hinweg eine Metropole, eine

für die Verhältnisse ihrer Zeit außerordentlich große Stadt, die vor allem durch ihren Handel mit der gesamten Mittelmeerwelt vernetzt war.“

Da der Ort heute weitgehend verlassen und nicht der modernen Städteentwicklung zum Opfer gefallen ist – wie sonst bei archäologisch bedeutsamen Orten üblich – sei Milet hervorragend geeignet, um ungestörte Feldforschung zu realisieren.

Darüber hinaus sei Milet auch heute noch Ort des internationalen Austauschs für die wissenschaftliche Gemeinschaft. Obwohl bereits jetzt ForscherInnen aus verschiedenen Ländern zusammenarbeiten würden, wünscht sich Berns, „Milet als einen Ort des internationalen wissenschaftlichen Austauschs weiterzuentwickeln.“ Multinationale Kooperation müsse weiter gefördert werden, wenn sich die Wissenschaft nicht selbst provinzialisieren solle. Obwohl ein solcher Austausch nicht immer einfach sei, wolle Berns diese Zusammenarbeit systematisch fördern.

Möglichkeiten für die RUB

Aufgrund der Jahrtausende andauernden



Bei der Arbeit: Studierende der RUB erforschen in den archäologischen Stätten in Milet die Jahrtausende alte Geschichte.
Bild: Christof Berns

Geschichte des Ortes ist Milet indes nicht nur für ArchäologInnen interessant. Laut Berns bieten die vielen Epochen der Stadt nicht nur für archäologische Forschung Potential. Bereits jetzt plant Berns daher, Milet als interdisziplinären Wissenschafts- und Lernort auszubauen. „Der Ort kann zu einem Laboratorium für Arbeit ganz unterschiedlicher Fächer werden“, erklärt Berns. Bereits jetzt seien Aktivitäten mit der Osmanistik und der Didaktik der Geschichte geplant. Schon seit längerem besteht eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Mittelmeerstudien an der RUB und dem

Kompetenzfeld Metropolenforschung der Universitätsallianz Ruhr.

Für Studierende der RUB ergäben sich im Rahmen des Forschenden Lernens Möglichkeiten, schon früh in aktuelle Forschung einbezogen zu werden. Seit verganginem Sommersemester bietet das archäologische Institut die Möglichkeit, im Rahmen eines Praxismoduls an Ausgrabungen teilzunehmen. Das Angebot, das in dieser Form nur in Bochum existiert, soll nach Wunsch von Prof. Berns weiter ausgebaut werden.

:Justin Mantoan

Lernen und Anwenden

LEHRE. Die Hochschule für Gesundheit (hsg) hat im Rahmen des NRW-Landesprogramms „Karriereweg FH-Professur“ einen Zuschlag zur Entwicklung eines innovativen Versorgungsmodells erhalten.

Erst die neue Haltestelle, jetzt der Ausbau der Lehre. Neben dem neuen Versorgungsmodell entfällt der Zuschlag im Rahmen von „Karriereweg FH-Professur“ auch auf den Ausbau der Lehre für die Gesundheitsfachberufe. Qualifizierte NachwuchswissenschaftlerInnen können so notwendige Berufserfahrung abseits des Lehrbetriebs sammeln. Ein Förderzeitraum von drei Jahren ermöglicht TeilnehmerInnen das Sammeln berufspraktischer Erfahrungen, welche dann mit den Lehr- und Forschungstätigkeiten kombiniert werden können. Forschung und Lehre werden dabei eng miteinander verbunden, indem die Teilnehmenden zeitgleich an einer Hochschule und in einem externen Unternehmen tätig sind. hsg-Präsidentin Prof. Anne Friedrichs erklärt in diesem Zusammenhang: „Wir freuen uns sehr, dass mit Hilfe des Landesprogramms die Rehabilitationspädagogin Dr. Verena Kerkmann ab jetzt das Department für angewandte Gesundheitswissenschaften (DAG) der hsg verstärken kann.“

Was passiert jetzt?

Kerkmanns fachlicher Schwerpunkt: das Sehen im Kindesalter. Dieser Forschungs-

bereich sei, laut Pressemitteilung der hsg, „insbesondere für die Entwicklungspsychologie, Logopädie und Ergotherapie anschlussfähig“. Denn: Je nach Studienlage gehen mit Entwicklungs-, Sprach- und Wahrnehmungsbesonderheiten auch Sehbeeinträchtigungen einher. Kerkmann erklärt dahingehend: „Eine Sehbeeinträchtigung kann die Chancen eines Kindes zur gesunden Entwicklung einschränken und gefährden – insbesondere, wenn diese unerkannt bleibt.“ Es sollen jetzt Strukturen entwickelt werden, die das Auffinden von Kindern, die weiterer Diagnostik und Unterstützung bedürfen, erleichtern.

Kerkmann stößt daher zum Team der Entwicklungsneuropsychologischen Ambulanz (ENPA) um hsg-Psychologie-Professorin Dr. Nina Gawehn beim Praxis-Kooperationspartner Klinikum Dortmund gGmbH.



Innovatives Versorgungsmodell der hsg: Im Rahmen des Programms „Karriereweg FH-Professur“ werden theoretische und praktische Erfahrungen kombiniert.
Bild: kac

Dort werden frühgeborene Kinder begleitet; eine Zielgruppe, die für Sehbeeinträchtigungen ein besonders hohes Risiko aufweist. Gawehn erklärt: „Für unsere Arbeit mit Frühgeborenen ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit essentiell. Das Thema Sehen stellt dabei eine Herausforderung in der Entwicklungsdiagnostik dar, welcher wir nun mit dieser zusätzlichen Expertise viel besser begegnen können.“

Die kommenden drei Jahre werden darauf verwendet, Strategien zur Verbesserung der Versorgung zu entwickeln und zu erproben.

:Tobias Möller

News:Ticker

21. November: SozialpsychologInnen der RUB befragten 531 Personen online, wie oft und wie sie Facebook nutzen. Das Resultat: Menschen, die materialistisch eingestellt sind, also „deren Lebensziel“ es ist, „Besitz anzuhäufen und zu mehren, nutzen Facebook häufiger und intensiver als andere“, so die Pressemitteilung der RUB. Diese Gruppe hat auch mehr Facebook-FreundInnen und objektiviert diese. Die vollständigen Resultate findet Ihr in der Zeitschrift „Heliyon“ vom 20. November.

23. November: Youtuber machen die GC-Cafete unsicher: Die drei Hattinger Jungs vom Kanal „Bullshit-TV“ haben für die kommende Folge gedreht. Unter dem Motto „Studenten, die jeder kennt“ findet Ihr den Clip. Übrigens: C-Bas, oder richtig Sebastian Meichsner, hat an der Rub WiWi studiert.

24. November: Prof. Gregor Leander ist neuer geschäftsführender Direktor am Horst-Görtz Institut für IT-Sicherheit. Leander einer der führenden Forscher im Bereich der kryptischen Verfahren. **:Die Redaktion**

Bildung für Alle! (Die es sich leisten können)

PROTEST. Bye bye, Jamaika, hallo deutsches Regenwetter. Nach gescheiterten Koalitionsverhandlungen im Bund bleibt die Position der Studierenden Nordrhein-Westfalens unverändert: Am 21. November riefen sie erneut zur Demo gegen Studiengebühren auf.

Alles scheint gegen die Studierenden zu sein: die Landesregierung, das Wetter und sogar die Deutsche Bahn. Nach 40-minütiger Verspätung aufgrund einer Stellwerkstörung trafen die ProtestlerInnen NRW am 21. November endlich am Düsseldorfer Hauptbahnhof ein. Nachdem bereits im Mai mit der Initiative „Nein zu Studiengebühren“ vor den Plänen der schwarz-gelben Regierung gewarnt wurde, formierte sich jetzt erneuter Protest vor dem DGB-Haus Düsseldorf – mit gleichnamiger Agenda.



Politischer Protest: Zahlreiche Gruppierungen und Initiativen fanden sich zusammen, um gegen Studiengebühren zu demonstrieren. Bild: box

Bei der Auftaktkundgebung wurden die Pläne um Studiengebühren für Nicht-EU-AusländerInnen immer wieder als „falsch, diskriminierend und kontraproduktiv“ deklariert, gefolgt von Applaus und Jubel der anwesenden DemonstrantInnen. Zu ihnen gehörten assoziierte Zusammenschlüsse wie das Landes-ASTen-Treffen (LAT) NRW, zahlreiche ASTen (Uni Siegen, Uni Köln, Hochschule Niederrhein, und viele mehr), gewerkschaftliche oder parteipolitische Gruppen wie die DGB-Hochschulgruppe der Hochschule Rhein-Waal (HSRW), die Jusos oder die Grüne Jugend.

„Lieber nicht regieren als Studiengebühren!“

Studiengebühren sind ein leidiges Thema, weil sie vor allem nur eine Zielgruppe bedienen: Studierende.

Trotz dieser erschwerenden Ausgangslage fanden sich 250 bis 300 Menschen zusammen, um vor den Landtag zu ziehen. „Hochschulen sind auf wissenschaftlichen und kulturellen Austausch angewiesen“, versicherte Kurt Stiegler vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren bei der Auftaktkundgebung. Für Gregor van der Beek, Professor für öffentliche Finanzen an der HSRW, sei die „emotionale Aufladung des Themas“ zunächst zweitrangig. Als Volkswirtschaftler halte er die Gebühren für „ineffizient oder dumm“, weil damit die Bewältigung zweier Grundprobleme noch ferner rücke: „Demographischer Wandel und Fachkräftemangel.“ Auch aufgrund dieser langfristigen Fehlspekulationen wurde aus dem scheinbar heroischen Märtyrer-Spruch der FDP – „Lieber nicht regieren als falsch“ – ganz schnell eine passende Abwandlung gefunden: Lieber nicht regieren als Studiengebühren.

Anschließende Anhörung uneinig

Am 21. November tagte im Anschluss an die Kundgebung vor dem Landtag der Wissenschaftsausschuss. In einer

Anhörung wurden Sachverständige zum Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion zur Gebührenfreiheit an Hochschulen befragt. Der Entwurf sieht vor, dass „die Erhebung jeglicher Art von Studiengebühren durch das Land oder die staatlich finanzierten Hochschulen in Nordrhein-Westfalen“ nicht stattfindet. Die SPD betont, dass diese Pläne der Internationalisierung der Hochschulen schaden würden. Während DGB, WUS (World University Service) und LAT den Entwurf begrüßten, lehnte die Landesrektorenkonferenz NRW entschieden ab: „Beiträge können ein sinnvolles Instrument sein, um die Qualität der Lehre an Hochschulen zu verbessern.“

Die Studiengebühren stellten in Baden-Württemberg insgesamt kein Problem dar, berichtete Prof. Wolfram Ressel von der Landeskonferenz Forschungsuniversitäten Baden-Württemberg. Bei Studierenden aus Entwicklungsländern gebe es allerdings ein Defizit, für das Lösungen gefunden werden müssten. Auch die Regelung, dass nur 20 Prozent der Einnahmen bei den Hochschulen blieben, sei kein Zukunftsmodell. **:Marcus Boxler**

Erfahrung teilen und gewinnen

STUDIUM. Ein Infoportal rund ums Studium bietet Studierenden die Möglichkeit, ihre eigenen Erfahrungen mit Interessierten zu teilen. Dies gehe aber „über bloße Sternchenvergabe“ hinaus, erklärt Michael Wudi von dem Portal „Studis Online“. Studierende sollen „Insider-Informationen bekommen und so entscheiden können, ob Studium und Hochschule zu ihnen passen“. Und wem die Entscheidung jetzt noch schwerfällt, der/dem soll gesagt sein: Es werden unter allen TeilnehmerInnen drei Gutscheine über 50 Euro für den Kooperationspartner „recolution“ verlost. Dieses in Hamburg ansässige Unternehmen bietet Studierenden von heute nachhaltige Mode aus Hamburg – „organic & fair“. Via Facebook erklärt Studis Online diesbezüglich: „recolution produziert Streetwear für junge Leute, denen ihr Style genauso wichtig ist wie die ethischen Aspekte der Kleidungsherstellung.“

Die Verlosung läuft noch bis zum 3. Dezember, teilgenommen werden kann unter

studis-online.de/StudInfo/erfahrungsbericht-schreiben.php. **:tom**

FreudenbringerInnen

AKTION. „Freude schenken“ mit wenigen Mitteln – die Kooperation des ASTa und youngcaritas macht es möglich.

Weihnachtszeit bedeutet, jemandem eine Freude zu bereiten. Und das vor allen jenen, denen es nicht so gut geht. Die Aktion „Freude schenken“ von der youngcaritas überrascht benachteiligte Menschen mit Geschenken. Der ASTa der RUB kooperiert mit der Aktion.

JedeR kann einen Schuhkarton mit Dingen füllen, die neu oder neuwertig sind und die anderen Menschen eine Freude machen. Auch selbst geschriebene Weihnachtskarten sind eine schöne Überraschung. Man packt die Dinge, wie zum Beispiel Kerzen,

Stifte oder Schokolade in einen Karton, verpackt diesen zu einem Geschenk, schreibt auf einen Zettel, an wen der Karton gerichtet ist (Erwachsene, Jugendliche oder Kinder) und gibt ihn bis zum 6. Dezember bei einer der Sammelstellen ab. Das Geschenk wird dann an Menschen in Bochum verteilt. „So kann man schon jetzt Weihnachtsstimmung verbreiten“, erklärt Yara, Servicereferentin des ASTa. Auf der Internetseite youngcaritas.ruhr kann sich jedeR eine kleine Inspiration für den Inhalt holen.

:Maika Grabow



Überraschung: Die Menschen können sich über viele Sachen freuen. Bild: mag

Studierte ArtistInnen

BILDUNG. Im Rahmen der Bochum Strategie soll eine sogenannte „Open Space Academy“ für angehende ArtistInnen errichtet werden. Dort werden vor allem zwei Ausbildungsmöglichkeiten geboten: Ein berufsqualifizierender Bildungsgang an einer Berufsschule für die Moving Arts sowie ein Studiengang mit dem Namen Moving Arts, der mit einem Bachelor of Arts abgeschlossen werden soll.

Die Vision sieht vor, dass bis 2025 ein international anerkanntes Zentrum für Kreativität entsteht, „eine Kraftzentrale für junge Menschen mit unbändiger Energie“, wie es in der Mitteilung der Verwaltung heißt. Den Kern dieses Zentrums soll ebenjene „Open Space Academy“ bilden, als international anerkannte Institution für die Ausbildung im Bereich Moving Arts. Der bisherige „Open Space“, die öffentlich zugängliche Trainingsstätte von „URBANATIX“, wird so um die Möglichkeit erweitert, „die Moving Artists von Morgen qualifiziert auszubilden“.

Das Projekt wurde dem Ausschuss für Schule und Bildung am 21. November vorgelegt. Wir bleiben dran! **:tom**

Treffpunkt Asyl fordert bessere Betreuung

POLITIK. Das flüchtlingspolitische Netzwerk Treffpunkt Asyl hat in der vergangenen Woche Forderungen zur Verbesserung der Wohnsituation geflüchteter Menschen veröffentlicht.

Die Forderung des Netzwerks an die Stadt ist der sofortige Stopp der nach eigenen Aussagen inhumanen Unterbringung von geflüchteten Menschen. In Bochum leben 3.000 von ihnen in Sammelunterkünften, beispielsweise in einem Containerdorf in Weitmar. Diese und andere Unterbringungsarten seien laut Treffpunkt Asyl nicht menschenwürdig, von einem Wohnen könne nicht gesprochen werden. Dass die Unterbringung in Heimen kein Wohnen sei, urteilte jüngst auch das Bundesverfassungsgericht (Az: V ZR 193/16).

Stadt in der Pflicht

Da sich die Stadt nicht an die selbst auferlegten Standards in der Unterbringung von geflüchteten Menschen halte, stehen nun drei Forderungen im Raum, bei denen Treffpunkt Asyl die Stadt in der Pflicht sieht. Die Lage sei „schnellstmöglich zu verbessern und mit der nötigen Ernsthaftigkeit zu behandeln.“ Unter anderem fordert man die Einhaltung von Standards in der Betreuung von geflüchteten Menschen innerhalb der Unterkünfte. So sei im Frühjahr 2015 ein Betreuungsschlüssel von einer SozialarbeiterIn

für je 75 Menschen in den Unterkünften festgelegt worden. Die Stadt fordert in der aktuellen Ausschreibung der Trägerschaft einer Unterkunft jedoch einen Betreuungsschlüssel von 1:100. Auf Anfrage der Linksfraktion im

Stadtrat habe die Verwaltung erklärt, dass eine 1:75-Betreuung nicht möglich sei. Weiter kritisiert Treffpunkt Asyl, dass eine Betreuung nicht mehr durch ausgebildete SozialarbeiterInnen stattfinden müsse und dies zu Qualitätseinbußen in der Betreuung führen könne.

Ein weiterer Kritikpunkt ist angeblich unzureichender Schutz besonders schutzbedürftiger Personengruppen wie traumatisierter Menschen. Auf Anfrage des Netzwerks teilte die Verwaltung mit, dass bei geflüchteten Menschen



Bekannte Bilder: Menschen, die für die Rechte von geflüchteten demonstrieren.

Symbolbild: Ilias Bartolini (Flickr-CC-BY-SA-2.0)

grundsätzlich von einer vulnerablen Gruppe auszugehen sei. Treffpunkt Asyl geht jedoch davon aus, dass der Lebensrealität von geflüchteten Menschen hiermit nicht ausreichend Platz eingeräumt werde. Aus diesen Missständen heraus fordert das Netzwerk eine möglichst schnelle Unterbringung aller 3.000 in Sammelunterkünften untergebrachten Menschen in Wohnungen, dies sei von der Stadt schließlich schon vor zwei Jahren geplant gewesen.

:Justin Mantoan

Keine Sperrklausel

Lokalpolitik. Der Verfassungsgerichtshof NRW hat am 21. November die vom Landtag NRW beschlossene Sperrklausel von 2,5 Prozent bei Kommunalwahlen für verfassungswidrig erklärt. Begründet wird dieser Entschluss unter anderem damit, dass im Grundgesetz verankerte Wahlrechtsgrundsätze auch auf kommunaler Ebene gälten.

„Das Urteil ist ein Schlag ins Gesicht der SPD, CDU und Grünen im Landtag, die mit ihrem Versuch, die politischen Rechte der Bürger*innen in den Kommunen einzuschränken, krachend gescheitert sind“, erklärt Amid Rabieh, Kreissprecher der Bochumer LINKEN. Würden Stimmen in Kommunen unberücksichtigt bleiben, die nicht an die großen Parteien gingen, zeuge dies von „einem falschen Demokratieverständnis“. Martin Petermann, Sprecher der Bochumer Grünen, erklärt in diesem Zusammenhang: „Wir Bochumer Grünen sind wie das Gericht der Meinung, dass die beabsichtigte Einschränkung des Wahlrechts vom Landtag nicht ausreichend begründet wurde.“

:tom

➔ KOMMENTAR AUF SEITE 6

Schwächen erkennen und nutzen

NATURSCHUTZ. Schwächen einräumen und diese in Stärken umwandeln: der Schlüssel zur Bekämpfung der Klimakrise für Philipp Unger von der Naturfreundejugend in Langendreer.

Philipp Unger, freiberuflicher Künstler, Journalist und Mitglied verschiedener Umwelt- und Sozialorganisationen, stellte am vergangen Donnerstag die für ihn wichtigsten Punkte zum „Heilen der Erde“ vor. Priorität habe das Erkennen und das Offenlegen der eigenen Schwächen. Damit starte der eigene Heilungsprozess und aus Schwächen würden Stärken – erst dann könne sich die Erde regenerieren. Hinter dem Klimamovement stecke das Prinzip des „Caring“, des gegenseitigen Kümmerns. „Wenn ich mit meinen Schwächen arbeite und ich versuche, euch meine Schwächen klar rüber zu bringen, dann hat man die Möglichkeit, eine gewisse ‚Care-about-each-other-Kultur‘ zu pflegen.“ Man müsse versuchen, die eigenen Schwächen und die der anderen wahrzunehmen. Nur dann könne man aus Schwächen Stärken machen, weil man sich ergänzen könne.

„Achte auf deine Gedanken, ...

...denn sie werden dein Schicksal“ ist ein weiteres, hier verkürztes, Credo des Veranstalters. Und so können kleine Veränderungen im Alltag langwierige Auswirkungen haben, wie beispielsweise die

Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks. Jeder Mensch erzeugt einen gewissen CO₂-Anstieg, um seinen Lebensstandard aufrecht zu erhalten. Dieser lasse sich nach Unger in fünf Schritten verringern: Kaufe nur, was Du brauchst – Iss weniger Fleisch und Milchprodukte – Iss weniger Fertigware – Kaufe lokal und saisonal – Pflanze dein eigenes Essen. Gleichzeitig müsse der „Handabdruck“ größer werden. Dieser soll für das politische, soziale oder ökologische Engagement stehen. Als dritten wichtigen Punkt nennt Unger den „Fingerabdruck“: „Erstmal ist er ein Teil unserer Individualität“, erklärt Unger. „Aber wir hinterlassen unseren Fingerabdruck auf dieser Welt und sind damit auch ein Teil vom Ganzen.“



Bälle, die um die Welt gehen: Jeder Fingerabdruck eine Story – Jede Unterschrift einE AktivistIn.

Bild: sat

Damit meint der Klima-Aktivist auch das von ihm ins Leben gerufene Kunstprojekt „Kampagne Ballance Assoziation“. Ein Ball, bedruckt mit der Welt – und jede Menge Stories und Interpretationen zum Wort Balance stehen hinter jedem Fingerabdruck. Und somit hinterlässt wortwörtlich jedeR einen Fingerabdruck auf der Welt.

Mehr zu den Stories und zum Projekt unter: www.ballancier.de/

:Sarah Tsah

Sozialticket adé

Mobilität. Das Sozialticket für Einkommensschwache soll bis 2020 schrittweise abgeschafft werden. Über die kommenden zwei Jahre werden die Zuschüsse des Landes langsam auf null gestrichen.

Viel Kritik erntet diese Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung. Katharina Schubert-Loy, sozialpolitische Sprecherin der Grünen im Rat der Stadt Bochum, erklärt: „Als Grüne kritisieren wir die Landesregierung scharf, weil es den Alltag der Menschen, die ohnehin mit jedem Cent rechnen müssen, verteuert und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert. Dass die 40 Millionen Euro stattdessen in den Straßenbau fließen sollen, markiert einen besonderen Tiefpunkt sozialer Kälte unter Schwarz-Gelb.“ Ebenso empört sich Die LINKE NRW über die Verwendung der eingesparten Mittel, die in den Straßenbau fließen sollen: „Geht's noch? Sozial unausgewogener und verkehrspolitisch rückständiger kann eine politische Weichenstellung kaum sein. Ein sozialpolitischer Kahlschlag von Tragweite, um vielleicht drei Kilometer Autobahn zu bauen?“

:tom

➔ KOMMENTAR AUF SEITE 6

Akins Interpretation des NSU-Terrors

FILM. Fatih Akins „Aus dem Nichts“ soll als deutscher Kandidat ins Oscar-Rennen gehen – und das nicht ohne Grund. Ein Film über das Leid einer Witwe in drei Akten.

Nuri Sekerci (Numan Acar), wegen Drogenhandels inhaftiert, hat im Gefängnis BWL studiert und dort seine Freundin Katja (Diane Kruger) geheiratet. Nach seiner Entlassung eröffnet er ein Übersetzungsbüro in Hamburg – in einem Viertel, das überwiegend von türkischstämmigen Menschen bewohnt wird. Wie der Filmtitel bereits andeutet, verliert Katja bei einem Nagelbombenanschlag nicht nur ihren Mann, sondern auch den gemeinsamen sechsjährigen Sohn Rocco (Rafael Santana) wie aus dem Nichts.

Aufgrund von Nuri's krimineller Vergangenheit gehen die PolizeibeamtInnen zunächst von einem Racheakt im Drogenmilieu aus. Sie gehen nur wenig auf Katja ein, die einen fremdenfeindlichen Hintergrund vermutet. Ihr ist eine junge Frau in Erinnerung geblieben, die ein brandneues Fahrrad vor Nuri's Büro abgestellt hat. Die Polizei erstellt ein Phantombild: Letztendlich werden André und Edda Möller (Ulrich Friederich Brandhoff und Hanna Hilsdorf), ein Neonazi-Ehepaar, verhaftet und wegen Mordes angeklagt.

Der Kinosaal leidet mit

„Aus dem Nichts“ ist ein zutiefst intimer, authentischer Film, der wütend macht. Im Vordergrund stehen nicht Hollywood-Schönheiten, sondern die Hinterbliebenen der NSU-Verbrechen. Der Regisseur orientiert seinen Plot ganz explizit an einem Opfer, das endlich Gerechtigkeit bekommen soll. Glücklicherweise scheitert Fatih Akin nicht an der lauernden Oberflächlichkeit des Sujets: Die Kameraeinstellungen sind dynamisch und durchdringend – ein Film, der wahrhaft unter die Haut geht.

Katja wird zur Identifikationsfigur und zum Zentrum der Gefühle: Man trauert und leidet mit ihr. Filmisch erfährt das Thema eine zielorientierte Inszenierung: Beispielsweise wurde die Besetzung so gewählt, dass die Identifikation mit den Leidtragenden verallgemeinerbar wird.

Während die Ermittlungen und der Gerichtsprozess um Katja herum stattfinden, hat sie selbst mit ihrem Verlust zu kämpfen. Auch im Gerichtssaal wird der Fokus auf Katjas Gefühle gelegt. Als

eine Gutachterin detailliert die tödlichen Verletzungen auflistet, die ihre Familienmitglieder bei dem Anschlag erlitten haben, zerbricht Katja emotional: Kruger zeigt ihr Können.



Glücklich verheiratet: Aber der NSU-Terror reißt in Fatih Akins neuem Film „Aus dem Nichts“ die Familie auseinander. Bild: Warner Bros

Den Hinterbliebenen gewidmet

„Aus dem Nichts“ ist kein primär politischer Film, auch wenn der Regisseur deutlich seine Kritik an den Ermittlungen und den Prozessverfahren zu den NSU-Anschlägen im Film darstellt. Vielmehr geht es Akin zufolge um die Stufen des Schmerzes, die jemand durchmacht, der/die seine/ihre Angehörigen verliert: wie sich dieser Schmerz zunächst in Ohnmacht, dann in Wut und schließlich wieder in Gewalt verwandelt, wie er der „Zeit“ in einem Interview erklärt. Bei An-

schlägen wollen alle nur wissen, wer die Tat begangen hat. Von den Opfern hingegen erfährt man kaum etwas. Aus diesem Grund habe er seinen Film Hinterbliebenen gewidmet.

Akin versteht es glänzend, durch seine fiktionale Interpretation von realen Geschehnissen die Abscheulichkeit des NSU-Terrors in Erinnerung zu rufen. „Aus dem Nichts“ ist ein künstlerisch wertvoller Film, der sich auch zum mehrmaligen Anschauen eignet und durchaus einen Oscar verdient hätte. **:Katharina Cygan**

Pornos und Mikrowelle

THEATER. Provokant wie in den 90ern? RUB-Studentin Anne Deuschinoff bringt Mark Ravenhills „Shoppen & Ficken“ auf die MZ-Bühne.

Fast zwanzig Jahre ist es her, da war die Inszenierung dieses Stücks ein kleiner Theater-Eklat: „Shoppen & Ficken“, so der Titel des 1996 vom britischen Dramatiker Mark Ravenhill verfassten Porträts einer Generation, die zwischen Drogenexperimenten und Technobeats nach Sinn in der Konsumgesellschaft sucht. Die deutsche Uraufführung, die Thomas Ostermeier, damals noch ein vielversprechendes Regietalent, 1998 auf die Bühne der Baracke am Deutschen Theater vor nur 99 ZuschauerInnen (mehr Plätze gab es nicht) brachte, provozierte und irritierte. Das Stück traf den Nerv der Zeit. So derb und direkt, so vulgär und schockierend wirkte Theater lange nicht mehr. Es war der Startschuss einer neuen Regiegeneration um Ostermeier, Marthaler, Castorf, die eine frische Bühnenästhetik prägte.

20 Jahre ist es her. Theatergeschichte. Dazu gehört auch der Begriff des „In-Yer-Face-Theaters“, der die ungestümen Dialoge von jungen DramatikerInnen wie Mark Ravenhill oder Sarah Kane in den 90ern bezeichnete. Und die Stücke und AutorInnen dieses Etiketts beschäftigten auch Anne Deuschinoff bisher in ihrem Studium der Theaterwissenschaft. Nächsten Freitag will

die RUB-Studentin Ravenhills bekanntestes Stück auf die Bühne des Musikischen Zentrums bringen.

Sexualität in der Porno-Gesellschaft

Mit Gegenwartstheater kennt sich Deuschinoff aus. Zuletzt hat sie Sybille Bergs „Missionen der Schönheit“ auf der Studio-bühne inszeniert. Und auch in „Shoppen & Ficken“ sieht sie starken Gegenwartsbezug – auch wenn das 90er-Stück zuletzt nicht so präsent in den Schauspielhäusern war. „Was die Figuren da so sagen, könnte genauso gut auch von 2017 sein“, sagt Deuschinoff. „Das hat mich alles an die eigene Generation erinnert.“

Eine Frage, die von der 24-Jährigen in der Inszenierung über die Sinnsuche dieser drei Außenseiter Robbie (Luca Hennig), Lulu (Joyce Thumb von Neuburg) und Mark (Laron Janus) in den Vordergrund rückt: Wie hat sich Sexualität in der Porno-Gesellschaft gewandelt? „Wir haben versucht, die medial bestimmte Sexualität miteinfließen zu lassen“, erzählt die Bochumerin. Klingt nach Potential für ein provokantes Revival des 90er-Stücks.

:Benjamin Trilling

Was ist „die Arbeiterklasse“?

POLIT-TALK. Veranstaltung im Schauspielhaus Bochum macht sich Gedanken über die verschiedenen Aspekte der ArbeiterInnenklasse.

In der Eve Bar erwarteten vergangenen Mittwoch die BesucherInnen ein Gespräch über die Definition und die Entwicklung der ArbeiterInnenklasse im Ruhrgebiet. Der Dramaturg des Schauspielhaus Simon Meienreis initiierte die dreiteilige Veranstaltung und moderierte sie gemeinsam mit dem Journalisten Tom Thelen. Eingeladen waren Prof. Stefan Berger, Direktor des Instituts für soziale Bewegungen, die Bochumer Linken-Politikerin Hannah Bruns sowie das Ehepaar und die beiden ehemalige OpelmitarbeiterInnen Anny und Thomas Schmitz. Neben den theoretischen Aspekten wie der Beschreibung Marx von der Entstehung der ArbeiterInnenklasse, berichtete das Ehepaar Schmitz auch über ihre persönlichen Erfahrungen bei den Geschehnissen im Opelwerk. „Tut schon weh, wenn man sieht: 50 Jahre einfach weg“, berichtete Anny Schmitz. Sie und ihr Mann sprachen von der Solidaritätserfahrung, die sie während der Streiks miterlebten. Der lebensnahe Bericht war bei dem Publikum beliebt: „Besonders gefallen hat mir, dass verschiedene Interessengruppen vertreten waren: Politik, Wissenschaft und auch

Arbeiter“, erzählt Katja, Studentin aus Dortmund.

Künstlerische Einschübe

Die Schauspielerin Juliane Fisch leitete die einzelnen Themenabschnitte mit kurzen Lesungen von passenden Textauszügen ein. Zum Beispiel las sie aus dem Essay „Bürgerliche Werte: ‚Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat‘“ von Frank Schirrmacher. Er war Journalist und Buchautor und beschrieb in seinem Essay die Krise der bürgerlichen Politik. Den Abend begleitete Ruhrpott-Liedermacher Frank Baier mit musikalischen Stücken. Seine humorigen Texte lockerten die ernstesten Themen auf. Etwa mit Zeilen wie „Jau wat ist dat schön im Kohlenpott – und wat wird für die Malocher all getan“, aus einem Lied, das von den schlechten Arbeitsverhältnissen handelt.

An den nächsten Terminen werden die Diskussionen um jeweils 20 Uhr weitergeführt. Am 4. Januar liegt der Schwerpunkt auf der Kunst und Kultur der Arbeiterklasse. Der dritte Teil wird im Februar stattfinden und die Aspekte der Digitalisierung behandeln.

:Maike Grabow

Bye bye, Sozialticket – beehr' uns bald wieder!

GLOSSE. Die Landesregierung beschließt, die Förderung des Sozialtickets bis 2020 abzuschaffen. Wenige Verkehrsbetriebe überlegen, wie sie das Ticket erhalten können. Die Landesregierung behauptet, das sei nicht unsozial. Ich glaube, das ist Bullshit.



Ein weiteres Schankerl der Schwarz-Gelben. Nein, nicht der BVB und auch nicht Hummeln oder Wespen. Ich rede von der Landesregierung NRW. Nachdem Studis wieder zur Anwesenheit gezwungen werden sollen und (vorerst „nur“) Nicht-EU-Studis ebenfalls zur Kasse gebeten werden, dürfen nun auch die sozial Benachteiligten tiefer in die Tasche greifen. Man hat's ja.

Das Sozialticket wird abgeschafft.



Sozial war gestern? Familienminister Joachim Stamp hält die Abschaffung der Sozialticket-Förderung für nicht unsozial. Bild: ken

Jubel und Applaus – endlich werden die Straßen besser! Zumindest ist das der Plan. Schrittweise wird die Förderung der Verkehrsbetriebe erst runtergeschraubt und soll bis 2020 ganz abgeschafft werden. Einige Verkehrsbetriebe rebellieren, in manchen keimt die Idee, man könne das Sozialticket auf dem derzeitigen Preisniveau von knapp 38 Euro halten, indem man selber die wegfallende Förderung ergänzt. Gute Idee – scheitert für mich nur an der Frage: Wo will die Anstalt öffentlichen Rechts, die

nicht vorrangig gewinnorientiert arbeiten darf, die wegfallende Förderung hernehmen? Bei anderen Tickets draufschlagen? Beim Studiticket draufschlagen? Na, da sag aber nicht nur ich: „Danke für den Fisch“. Ist ja nicht so, dass

man sich jetzt schon doof zahlt, wenn man als Nicht-StudentIn von Bochum nach Essen will. Ein verdammtes Ticket kostet bald 6 Euro – das sind 12 Mark!

Den Armen mehr wegnehmen

Die Berechtigten, die ein Sozialticket haben dürfen, sind unter anderem EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe und Wohngeld sowie AsylbewerberInnen. Brutal ausgedrückt sind es diejenigen, die sowieso schon quasi nichts haben. Frei nach dem Motto „Wer Nichts hat, kann nichts vermissen“ wird gestrichen. NRWs Familienminister Joachim Stamp sagt der Deutschen Presseagentur in Düsseldorf gegenüber: „Ich glaube nicht, dass wir eine unsoziale Politik machen.“ Na, wenn du das so sagst – dann ist das auch nicht so. Um meinen Vater zu zitieren, wenn ich einen Satz mit „Ich glaube, ...“ begann und danach nur noch Bullshit kam: „Glauben kannst inner Kirche, Kind!“

Der Fußbus fährt immer

Die Zielgruppe des Sozialtickets ist zufäl-

ligerweise auch die Gruppe, die viele Behördengänge zu erledigen hat. Hier ein Antrag, dort noch einer, nochmal fix irgendeine dumme Bescheinigung abgeben, die schon dreimal darliegt – klingt entfernt nach BAföG-Amt, ist es aber nicht. Mal davon ab, dass neben Behördengängen noch Alltägliches zu bewältigen ist, beginnend beim Einkauf und endend beim Arztbesuch oder dem Abholen von Kindern von Schule oder KiTa. Fakt ist: Um den Öffentlichen Personennahverkehr kommt eigentlich niemand herum. Auch, oder treffender, gerade die Sozial-Ticket-Berechtigten nicht. Nicht zuletzt drohen im Fall von „nicht-Kooperation“ bei Hartz IV nicht zu unterschätzende Sanktionen.

Die Alternativen? Das Ticket 1000 für schlappe 68 Euro in Preisstufe A1 – oder der Fußbus. Der fährt immer.

Ich glaube, dass Schwarz-Gelb mal bis zur nächsten Landtagswahl überwindern könnte. Bis dahin ist genug Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, was „sozial“ heißt.

:Kendra Smielowski

„Big Brother“ is watching you

KOMMENTAR. Googles Geschäft basiert auf unseren Daten. In welcher Art und in welchem Umfang, wissen wir meist nicht.



Google, unser großer, freundlicher Internet-Tech-Bruder, weiß „bestimmt“ nicht alles über uns. Denkste! Doch mittlerweile gibt es mehr als zwei Milliarden Android-NutzerInnen und viele von uns senden ständig ihren aktuellen Standort an Google. Diese Daten werden für eine ganze Reihe von Angeboten genutzt, zum Beispiel für Informationen wie die Verkehrslage oder Stoß- und Wartezeiten in Google Maps. Dies ist nur möglich, weil wir leichtfertig mit unseren Daten umgehen und uns meist nicht über den Umfang dieser im Klaren sind. Problem sind komplizierte Endbenutzer-Lizenzvereinbarungen, die niemand tatsächlich liest. Durchblick gibt's keinen! Wie etwa beim Sammeln der „Cell IDs“ (Seite 1). Angeblich wurden sie weder benutzt noch gespeichert, aber wenn nichts mit ihnen gemacht wurde, warum hat man das Sammeln nicht schon früher eingestellt? Der große Nachteil an der ganzen Sache ist, dass man nicht weiß, was mit dem Haufen an Informationen noch passiert. Für mich ist es deswegen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, den Standortverlauf zu deaktivieren.

Transparenz bei Google?

Bis Ende November soll mit der Sammlung der „Cell IDs“ aufgehört werden. Doch ob das wirklich passiert und ob sie sich solche Daten demnächst auf anderem Wege beschaffen, weiß nur Google selbst. Denn seine breit formulierten Datenschutzbestimmungen sind für viele so verständlich wie höhere Mathematik für Erstis. Google muss sich um leichter formulierte Bestimmungen kümmern. Doch dies wird nicht passieren. Das war nicht das erste Mal, dass Google nicht klar kommunizierte. Und es wird definitiv nicht das letzte Mal bleiben, denn solange sich niemand darüber aufregt, wird nichts geschehen – wie es bei den meisten Datenschutz-Geschichten der Fall ist. Und somit wächst unser großer Bruder immer weiter und die Wahrscheinlichkeit, dass Vorfälle wie dieser unentdeckt bleiben, steigt. Google und andere werden weiterhin auf allen möglichen Wegen versuchen, Daten zu sammeln, denn dies wird ihnen nicht schwerfallen. Für viele ist es schon längst Alltag geworden, ihre Daten rauszugeben, wenn sie beispielsweise an der Kasse bei Rewe brav ihre Payback-Punkte sammeln.

:Gianluca Cultraro

Weimar reloaded ...?

KOMMENTAR. Die Sperrklausel bei Kommunalwahlen ist rechtswidrig. Kleine Parteien freut's. Dabei gibt es gute Gründe für die Hürde.



Wie schön, wenn jeder WählerIn gehört wird und jede Stimme bei Wahlen gewichtig ist. Wie schade nur, wenn dann Kleinstparteien

die Plenarsäle füllen, Redelisten kein Ende finden und ein Arbeiten in den Verwaltungen der Kommunen schlicht verunmöglicht wird. Eine Sperrklausel hat daher – auch auf kommunaler Ebene – nichts mit dem unbedingten Willen zur Macht gemein, wie GegnerInnen der Regelung uns weismachen wollen. Natürlich bringt eine gewisse politische Vielfalt Leben in die Parlamente, doch eine parlamentarische Vielfalt ist dann zu viel, wenn die Ergebnisse der Parlamentsarbeit zur Einfalt mutieren. Der Verfassungsgerichtshof sieht diese Gefahr nicht, bisher sind die meisten Kommunen auch noch immer handlungsfähig – sind sie das nicht, liegt es zumeist nicht an der Anzahl der vertretenen Parteien, sondern an der Bürokratie. Doch trotzdem dürfen die warnenden Beispiele der Vergangenheit nicht unberücksichtigt bleiben. In den späten 1920er Jahren sorgte eine fehlende Sperrklausel und die damit einhergehende Zersplitterung des Parlaments in bis zu 17

Parteien für faktische Unmöglichkeit aktiver Regierungsarbeit; das 1933 feststehende Ergebnis ist bekannt...

Keine Alternative?

Gewiss führt eine fehlende Sperrklausel die betroffene Instanz nicht gleich in den Faschismus, doch ein Parlament mit zu vielen Parteien ist keine Antwort auf fehlende Vielfalt in der Politik. Viel notwendiger als jede noch so kleine BürgerInnenbewegung in den Rathäusern ist die notwendige Erkenntnis der WählerInnen, dass Politik nicht nur einmal pro Legislaturperiode auf dem Wahlzettel stattfindet. Eine gut funktionierende Demokratie sollte grundsätzlich mehr Möglichkeiten bieten als den bloßen Parlamentarismus. Zwar herrscht in der BRD ein parlamentarisches System, doch Politik wird nicht nur auf den Regierungsbänken gemacht, jedeR hat die Möglichkeit, mitzuwirken. Politik bedeutet, sich aktiv einzusetzen. Abstimmungen gelingen nicht nur mit dem Stimmzettel, sie gelingen auch mit den Füßen. Und Politik gelingt durch Selbermachen. Um die Gesellschaft zu verändern, braucht es keine Wahlen, egal ob ober- oder unterhalb der Sperrklausel.:Justin Mantoan

ZEIT:PUNKT

Countdown im großen Maßstab

Nicht mehr lang bis Heiligabend. Mehr als Schokolade in 24 Türchen präsentiert RUB Arts & Culture International. Dieses Jahr verwandeln sie das Musische Zentrum wieder in einen riesigen Adventskalender und lassen es in spektakulärem Licht erstrahlen und Ton erklingen. Mit Mitternachtseröffnung!

• Donnerstag, 30. November, 0 Uhr. Uni-Brücke vor dem MZ, Bochum. Eintritt frei.

Interdisziplinäres Feiern

Die FSRe Philosophie und Erziehungswissenschaften laden zum nächtlichen Durchtanzen ein. Für den Cosmopolitischen Flair sorgen GästInnen aus dem gesamten Bundesgebiet, die im Rahmen der Bundesfachschaftentagung Philosophie begrüßt werden.

• Freitag, 1. Dezember, 21 Uhr. KulturCafé, RUB. Eintritt 5 Euro.

Schienenersatzverkehr zur Entspannung

Der „Bummelzug: Acht“ nimmt Euch mit auf eine Reise durch ein Ambiente voller Melodien. Elektronische Beats treffen auf Live-Komponenten und die Sounds der weiten Welt, begleitet von ausladenden Geschichten und fesselnden Klangteppichen.



Kampf dem Leerstand

Das Ende der Besetzung der Herner Str. 131 ist noch gar nicht so lange her und das Thema Leerstand wird inner- und außerhalb des Stadtrats heiß diskutiert. Am Donnerstag ist Redakteur **Frederik** bei der Diskussionsrunde **Zwischennutzung statt Leerstand?** mit dabei. Neben der offenen Diskussion wird Daniel Schnier von der „ZwischenZeitZentrale“ Bremen die dortige Situation als mögliches Modell für Bochum vorstellen.

• Donnerstag, 30. November, 19 Uhr. Bahnhof Langendreer, Bochum. Eintritt frei.

Freut euch auf ein träumerisches Set in gemütlicher Bar-Atmosphäre.

• Samstag, 2. Dezember, 22 Uhr. Goldkannte, Bochum. Eintritt frei.

Shoppen und Helfen

Noch Geld für das ein oder andere Schnäppchen übrig? Beim Spendenflohmarkt könnt Ihr shoppen und helfen. Verschiedene lokale Initiativen räumen wieder Keller, Garagen und Dachböden aus, um Geld für ihre Arbeit zu sammeln. Dazu legen zwei DJanes auf und es gibt ein Kuchenbuffet, dessen Erlös ebenfalls den Initiativen zugutekommt.

• Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr. Bahnhof Langendreer, Bochum. Eintritt frei.

Weihnachten im Blue Square

„We're all sitting in one boat“, sagte schon Matthäus... oder war es Noah? Egal –

Hauptsache Bibel oder so. Wer genau so wenig über Weihnachten weiß, sollte in das Blue Square kommen – Verschiedene Quellentexte, inhaltliche Impulse und Bildbetrachtungen sollen an diesem Abend Grundlagen für einen Dialog zum Ursprung des Weihnachtsfests schaffen.

• Montag, 4. Dezember, 18 Uhr. Blue Square, Bochum. Eintritt frei.

Nichts für klassische WeinliebhaberInnen

Beim „Glühwein-Zauber auf'm Heinrich“ bieten elf ausgesuchte WinzerInnen aus den Anbaugebieten Mosel, Rheinessen und Württemberg fünf Tage lang die Möglichkeit verschiedene Getränke aus eigener Herstellung zu probieren.

• Ab Mittwoch, 6. Dezember, 11 Uhr. Heinrich-König-Platz, Gelsenkirchen. Eintritt frei.

NACH:GESPIELT

Kaum ein Entwicklerstudio polarisiert mit seinen Werken so sehr wie die Essener Jungs und Mädels von Piranha Bytes. Sie sind verantwortlich für die legendäre Gothic-Reihe und die inoffizielle Nachfolgerreihe „Risen.“ Auch das neueste Projekt **ELEX** bleibt der Piranha-Bytes-Formel treu: Konkurrierende Fraktionen in einer bedrohlichen und unbarmherzigen Open World, in der uns alles umbringen will und auch kann. Raue Ruhrpottdialoge und ein äußerst fordernder Schwierigkeitsgrad. Das Setting ist anders als bei den Vorgängerspielen. Magie trifft hier auf Technik und Science Fiction auf Fantasy. Wir können uns sowohl mit dem Schwert durch unsere GegnerInnen metzeln als auch mit Jetpack, Magie und großen Wummen unseren Weg freikämpfen. Das Spielgefühl ist allerdings ein anderes als bei Skyrim, Witcher und Co. Jeder Kampf könnte den Tod bedeuten und häufig ist schleichen oder wegrennen die bessere Alternative. ELEX bietet SpielerInnen die Chance, nochmal das spezielle Gothic-Gefühl in modernisierter Fassung zu erleben.

:asch

[MEHR AUF BSZONLINE.DE](#)

IMPRESSUM

:bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Simon Lambertz, Simon Joshua Paul u. a.

Redaktion dieser Ausgabe: Andreas Schneider (asch), Benjamin Trilling (bent), Marcus Boxler (box), Frederik Herdering (fah), Gianluca Cultraro (gin), Justin Mantoan (juma), Katharina Cygan (kac), Kendra Smielowski (ken), Maik Grabow (mag), Sarah Tsah (sat), Tobias Möller (tom)

V. i. S. d. P.: Kendra Smielowski (Anschrift s. u.)

Anschrift:
:bsz
c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de, facebook.com/bszbochum

Auflage: 3.000
Druck: Druckwerk, Dortmund

Bildnachweise: S. 8 Portraits: zur Verfügung gestellt durch die jeweiligen Listen

akafoe.de facebook.com/Akafoe twitter.com/Akafoe

Speiseplan



04.12.–08.12.2017, Mensa und Bistro der Ruhr-Universität

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Aktionen Stud. 4,30 € Gäste 5,30 €	Schweinebraten anner 1A Pumpnickel Starkbiersauce mit Berchmannspargel und rote Erde A, S	Lecker Riesen Currywurst mit ne schafe Currysoße und Kartoffelkes -Kringelkes und dem Hasen sein Futter S	„Ommas“ Pfefferpotthast mit Salzkartöffelkes und Essich-Eingelegtes R	Zanderfilet „Baldeney“ auf Kartoffelsampe und vom Wirsing- kappes sein Gemüse F	„Schreibbagatten- Traum“ Frischer Grünkohl mit Salzkartöffelkes und Kasslerbraten S
Komponenten- essen Stud. 1,80 - 2,00 € Gäste 2,80 - 3,00 €	Frische Bratwurst- schnecke mit Braten- jus S Räuchertofu mit Kür- bis gratiniert, dazu fruchtige Currysauce VG	Putensteak nach Art „Tandoori“ mit Minzjoghurt G Bami-Medaillon mit Asia-Dip V	Putengeschnetzeltes nach „Gyros Art“ mit Aioli-Dip G Vegetarisches Cordon bleu mit Kräutersauce V	Schweineschnitzel nach Art „Cordon bleu“ mit Rahmsauce S Veganes „Züricher Geschnetzeltes“ VG	Alaska Polardorschfilet mit Kräuter-Sauerrahm- sauce F Gemüsepfanne mit Räuchertofu VG
Vegetarisches Gericht Stud. 2,20 € Gäste 3,30 €	Spätzle-Spinat- Gratin mit Mischsalat V	Karotteneintopf mit Baguette VG	Nudelpfanne mit Pilzen und Gemüse VG	Spitzkohlgemüseein- topf mit Mettwurst oder Brötchen S	Gemüseauflauf mit Mischsalat V
Bistro Stud. 1,50 - 3,70 € Gäste 1,80 - 4,90 €	Hähnchenspieß mit Honig-Senssauce G	Gemüsetortellini mit Gorgonzolasauce V	Schweinerücken- steak mit Ajvar- Chili-Dip S	Tagliatelle mit Balsamicogemüse VG	Kabeljaufilet F
Zu allen Gerichten gibt es eine große Bellagen- Auswahl (0,80 Euro Stud., 0,90 Euro Gäste)	Rinderhacksteak mit Schmorzwiebeln R	Matjesfilet mit Zwiebelringen F	Burger zum Selberbauen R, S	Pfefferspießbraten S	Rindercevapcici mit Tsatsiki R
	Vegane Bratwurst mit Kartoffelsalat VG	„Chilli sin carne“ mit Baguette VG	Mediterrane Pennepfanne V	Gegrillte Aubergine mit Gurken-Minz- joghurt und Fladenbrot A, V	Kaiserschmarrn mit Zimt, Zucker und Apfelkompott V

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbuffet.

Legende: A mit Alkohol, B aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-Öko-039, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, F mit Fisch, G mit Geflügel, H Halal, L mit Lamm, R mit Rind, S mit Schwein, V vegetarisch, VG vegan, W mit Wild, JF JOB&FIT-zertifiziert von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung.

Wahl zum 51. Studierendenparlament: Vom 4. bis zum 8. Dezember

»Was wäre Eure erste Amtshandlung, falls Ihr in den AstA kommt?«



Franziska Pennekamp (GRAS). „Wir würden als erstes einen Kassensturz machen, um schnellstmöglich einen Haushalt 2018/19 ins Studierendenparlament zu bringen. Die aktuelle AstA-Koalition schafft es seit Monaten nicht, einen Nachtrag zum Haushalt vorzulegen, der nicht vor Fehlern strotzt. Außerdem fehlen bereits mehrere Jahresabschlüsse der vergangenen NAWI-geführten AstAs. Den finanziellen Scherbenhaufen aufzukehren und einen sozial gerechten Haushalt aufzustellen, wird unsere erste Mammutaufgabe.“



Marileen Stallmeier (NAWI). „Detailliert planen, wie wir unser Wahlprogramm effektiv und zeitnah umsetzen.“



Jasmin Delveaux (JUSOS). „Wir wollen die politische Bildung an der RUB stärken. Nicht erst die Wahlbeteiligung zeigt, dass es hier Luft nach oben gibt. Studierende sind politisch interessiert, es geht nun darum, spannende Bildungsangebote zu schaffen. Beispiel dafür war die gut besuchte Informationsveranstaltung über die Identitäre Bewegung, die gezeigt hat, dass es an der RUB keinen Platz für rechtes Gedankengut gibt.“



David Semenovic (REWI). „Wir würden eine Umfrage starten, um die Bedarfe der Studierenden zu ermitteln. Nur so können wir sicher gehen, nicht an den Sorgen der Studierenden vorbei zu debattieren.“



Ramazan Karabulut (iL). „Wir würden einiges in Angriff nehmen, aber nach wie vor unsere engagierte Arbeit offensiv fortsetzen. Unser Vorschlag in der derzeitigen Koalition war unter anderem Tätigkeitsberichte der Referent*innen einzuführen, wobei wir leider überstimmt wurden. Dies würden wir ändern wollen, um Transparenz zu schaffen und uns der Öffentlichkeit besser zu präsentieren. Zudem sind wir für die Etablierung des GreenOffice, die Senkung der AstA-Aufwandsentschädigungen sowie konstruktive und kritische Arbeit mit dem AKAFÖ und dem Rektorat.“

Waffeleisen & Taschenrechner

HOPO. Glühwein, Gebäck und Kontroversen: Das Finanzloch im letzten Sommer und die Frage, nach mehr Transparenz in den Gremien.

Ob es die Flyer sind oder doch der Geruch des frischen Crêpe-Teigs? Jedenfalls bleiben einige stehen am Infotisch, den die Linke Liste (LiLi) im Eingangsbereich von GB aufgebaut hat. Seit acht Uhr stehen Cristian und Nicolai hier. Nicolai wendet den Crêpe in der Pfanne und lädt eine Studentin zu einer Veranstaltung über Sexismus ein. Cristian redet sich schnell in Rage, wenn es darum geht, was der AstA falsch gemacht habe. Er zählt am Finger auf: das Haushaltsdefizit, Misswirtschaft, fehlende politische Bildung. Als wäre der Wahlkampf für die Wahl zum nächsten Studierendenparlament schon eröffnet.

Dabei verlief dieser bisher schleppend. Wer über den Campus schlendert, sieht noch keine Plakate mit Wahlversprechen, bekommt noch keine Flyer oder Waffeln in die Hand gedrückt. Ein möglicher Grund dafür: Bis Anfang dieser Woche ließ das Justizariat prüfen, ob die Wahl überhaupt in der Woche vom 4. bis 8. Dezember stattfinden kann.

Zu hohe Personalkosten?

Aber die Listen stehen schon in den Startlöchern. Diese Woche soll es losgehen. Ein kontroverses Thema: Die Finanzen der Studierendenschaft. Im Sommer wurde bekannt, dass ein Defizit von 145.000 Euro im Haushalt klafft. Der AstA besänftigte, die Opposition forderte Konsequenzen. Auch weil nicht ganz aufgeschlüsselt wurde, wie es zum Haushaltsdefizit kam. Gegen die Empfehlung des Haushaltsausschusses stimmte die StuPa-Mehrheit schließlich für eine Erhöhung des Sozialbeitrags um 4,40 Euro, die Opposition legte ein Sondervotum ein.

Seit September ist Lennart Brinkmann (GRAS) Vorsitzender des Haushaltsausschusses (HHA). Erklärtes Ziel: Aufschlüsseln, wo das Geld hingeflossen ist. Der Haushaltsvorsitzende klappt sein Notebook auf, öffnet Excel-Tabellen: die gestiegenen Personalkosten seien der wichtigste Faktor, um 30 Prozent seien diese zum Vorjahr gestiegen. Seit dem Haushaltsjahr 2011/12 sogar von 150.000 auf 330.000 Euro, wie Brinkmann vorrechnet. Es gab Neueinstellungen, Stellenaufstockungen, Höhergruppierungen – ganz ließe sich das nicht aufschlüsseln, da vieles beschlossen

worden sei, ohne das StuPa zu beteiligen, so das GRAS-Mitglied. „Da kritisieren wir die mangelnde Transparenz, dass der AstA das nicht bekannt macht.“

Die Kritik ist nicht neu: „Die hauptsächlichsten Probleme sind schon einige Legislaturperioden eher entstanden“, beklagt Carla Scheufler von der LiLi. „Vom jetzigen AstA muss das zusätzlich ausgebadet werden“. Mittendrin war im Sommer Simon Paul (Jusos). Der aktuelle Finanzreferent habe nur zufällig von den neuen Personaleinstellungen erfahren. „Da hat mich die Intransparenz selber getroffen“, sagt Paul.

Und darüber wird auch im Wahlkampf debattiert. „Aber ich glaube, dass die Finanzen trotz der jüngsten Turbulenzen nur wenige interessieren“, gesteht Paul. Es sei den Leuten schwer klar zu machen. „Aber mehr Transparenz könnte da auf jeden Fall helfen.“

Forderung nach Sozialbeitragsenkung

Transparenz ist eines dieser Schlagworte, die auch in diesem Wahlkampf oft fallen. Die iL (internationale Liste), eine der fünf AstA-tragenden Listen, machte in dieser Legislaturperiode einen konkreten Vorstoß: Tätigkeitsberichte der ReferentInnen sollten eingeführt werden, erklärt die Vorsitzende Zeynep-Fatma Dikman: „Dies würden wir ändern wollen, um Transparenz zu schaffen. Leider wurden wir überstimmt.“

Dass vor diesem Hintergrund nun Listen wie die NAWI oder der RCDS für eine Senkung des Sozialbeitrags werben, der erst aufgrund des letzten Haushaltsdefizits erhöht wurde, wird kontrovers diskutiert. Aus Sicht des Haushaltsvorsitzenden Brinkmann ein unseriöser Vorstoß, weil die Beiträge für das Akafö und Semesterticket steigen. „Meiner Meinung nach ist es da unmöglich, den Beitrag zu senken.“

Der Wahlkampf für das 51. Studierendenparlament kommt in Fahrt. Cristian steht am Stand in GB und spult das Listenprogramm ab. „Heute machen wir vor allem Werbung für eine Veranstaltung über Sexismus in der nächsten Woche“, sagt er. Dann ist der Crêpe-Teig leer. Nächste Woche werden auch andere Listen Glühwein und Waffeln anbieten. **:Benjamin Trilling**



Carla Scheufler (LiLi). „Als erste Amtshandlung im AstA würden wir eine dritte, bezahlte Stelle in der FSVK schaffen, da hier viel und vor allem sehr wichtige Arbeit zu zweit einfach nicht zu leisten ist.“



Charline Kappes (JuLis). „Als erste Amtshandlung würden die Jungen Liberalen alle AstA-geführten Betriebe sowie die Arbeit der Referierenden innerhalb der Referate auf Wirtschaftlichkeit und Transparenz überprüfen. Im Zuge dessen soll evaluiert werden, ob und inwieweit Referate wirklich im Sinne der Studierendenschaft agieren und diese repräsentieren.“



Matthias Arthkamp (RCDS). „Wir sehen uns als Dienstleister der Studis! Darum werden wir innovative und transparente Wege finden, auch jenseits des Wahlkampfes mit den Wählern in Kontakt zu treten: Sie sollen uns auf deutlich einfachere Weise Feedback zu unserer Arbeit geben und in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden.“



Sven Heintze (GEWI). „Ein Konzept entwickeln und die Schirmbar für die Studierendenschaft fordern.“



Katrin Lögering (Die Liste). „Die Büros haben wir schon einmal ausgemessen (Whirlpools passen da locker rein). Wir werden soziale Hängematten aufhängen, um einfach mal zur Ruhe zu kommen. Zudem stellen wir irgendwo in die Ecke eine Karriereleiter, die ganz einfach hinaufgestiegen werden kann. Die ehemalige Wissenschaftsministerin NRW war auch mal im hiesigen AstA aktiv – Karriereerwünsche von Jungsozialist*innen sollten viel häufiger Realität werden. Dennoch ist es erstmal besser, nichts zu tun, als etwas falsch zu tun.“

MEHR AUF BSZONLINE.DE

Sieben Fragen haben wir den antretenden Listen zur kommenden StuPa-Wahl vom 4. bis 8. Dezember gestellt – den kompletten Fragenkatalog findet Ihr online. Wo Ihr den neuen StuPa wählen könnt, richtet sich nach dem Erstfach. Das passende Gebäude findet Ihr hier: stupa-bochum.de